



Rundbrief des Landespräventionsrates Niedersachsen

85. Ausgabe März 2023

Inhaltsverzeichnis

1. Infos aus dem Vorstand und der Geschäftsstelle

- 1.1 Aufnahme neuer Mitglieder
- 1.2 Niedersächsisches Qualitätssiegel für Sicheres Wohnen
- 1.3 Mitteilungen aus dem Landesdemokratiezentrum (L-DZ)
- 1.4 Mitteilungen der Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte (KostLP)
- 1.5 Mitteilungen aus der Fachstelle Opferschutz
- 1.6 Ergebnisbericht zur landesweiten Schüler*innenbefragung

2. Ausblick auf Veranstaltungen und Fortbildungen

- 2.1 Europäisches Präventionscurriculum (EUPC) „Basismodul“
- 2.2 Save The Date: 12. Tagung zur kommunalen Alkoholprävention in Hannover

3. Sonstiges

- 3.1 Prävention häuslicher Gewalt; Weiterbildungsangebot
- 3.2 Workshop gegen Hass im Netz / Qualifizierung zu Strategien der digitalen Zivilcourage
- 3.3 Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier- Ein Praxishandbuch für soziale Arbeit
- 3.4 Veröffentlichung Bericht der Bundesarbeitsgemeinschaft zum proaktiven Ansatz in der Täterarbeit
- 3.5 Community-Mobilisierung als fruchtbares Präventionsinstrument (an)erkennen-Studie stellt Erfahrungen und Toolbox aus 6 Kontinenten vor
- 3.6 Nds. Krisentelefon GEGEN Zwangsheirat / Webinare für das Jahr 2023

Redaktion:

Katrin Baum

LPR Niedersachsen

Tel.: 05 11/1 20-8704

katrin.baum@mj.niedersachsen.de

1. Infos aus dem Vorstand und der Geschäftsstelle

1.1 Aufnahme neuer Mitglieder

In der Vorstandssitzung vom 02.03.2023 wurde gem. § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung beschlossen, folgende Institution als Mitglied im Bereich der landesweit tätigen, nicht staatlichen Organisationen des Landespräventionsrates Niedersachsen aufzunehmen: Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Schulsozialarbeit Niedersachsen e.V.

1.2 Niedersächsisches Qualitätssiegel für Sicheres Wohnen

Die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen (SiPa) hat sich zum Ziel gesetzt, die Lebensqualität und Attraktivität unserer Städte und Gemeinden zu steigern. Dabei misst sie dem Thema Sicherheit in Wohngebieten eine besondere Bedeutung zu. Um diesen Prozess zu verstärken, hat die Sicherheitspartnerschaft ein Qualitätssiegel für Sicheres Wohnen entwickelt. Damit können Wohnobjekte in Städten und Gemeinden, die eine hohe Lebensqualität aufweisen und aktiv an einem positiven sozialen Umfeld arbeiten, ausgezeichnet werden.

Für die Vergabe des Niedersächsischen Qualitätssiegels für Sicheres Wohnen werden neben technischen, objektiven Sicherheitsvorkehrungen auch Aspekte einbezogen, die die subjektive, gefühlte Sicherheitslage betreffen. Dabei handelt es sich zum Beispiel um die Förderung von funktionierenden Nachbarschaften, die Gestaltung und Sauberkeit von Innen- und Außenanlagen und die Einbindung und Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen und Nahverkehrsmitteln.

Bei Interesse an einem Siegel können sich niedersächsische Wohnungsunternehmen mit einem Neubau oder Bestandsobjekt bewerben. Das Objekt wird von einem fachlich

kompetenten Auditor*innenteam vor Ort nach Absprache mit den Eigentümer*innen oder den von ihnen benannten Ansprechpersonen besichtigt und bewertet. Die Bewertung folgt Kriterien, die im Bewertungsbogen vorgegeben sind.

Nach erfolgter Empfehlung durch die Auditor*innen beschließt die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau als Jury über die Verleihung des Siegels.

Ganz aktuell hat die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in ihrer Jurysitzung vom 15.02.23 einstimmig beschlossen, das niedersächsische Qualitätssiegel in der höchsten Kategorie, dem Prädikat „ausgezeichnete Qualität“, an den Wunstorfer Bauverein zu vergeben und damit die Objekte in der Neustädterstraße 30 und Sudermannstraße 2-8 in Wunstorf auszuzeichnen. Das Qualitätssiegel wird im Rahmen der diesjährigen SiPa-Jahrestagung von der Niedersächsischen Justizministerin an den Wunstorfer Bauverein überreicht.

Weitere Informationen zum Qualitätssiegel erhalten Sie unter:

[Das Qualitätssiegel \(sipa-niedersachsen.de\)](http://sipa-niedersachsen.de)

1.3 Mitteilungen aus dem Landesdemokratiezentrum (L-DZ)

Perspektiven gegen Antisemitismus- Ein Train-the-Trainer-Programm der vhs Celle mit dem Celler Netzwerk gegen Antisemitismus

„Perspektiven gegen Antisemitismus“ ist ein Fortbildungsprogramm, das Multiplikator*innen aus schulischer und außerschulischer Bildung, aus Behörden und Zivilgesellschaft in Niedersachsen antisemitismuskritische Expertise vermittelt. Die Teilnehmer*innen erarbeiten in einem modularen Lehrgang mit Expert*innen Kenntnisse und Kompetenzen, die sie befähigen, aktuellen Antisemitismus zu erkennen, ihn in ihren Handlungsfeldern kritisch zu thematisieren und ihm pädagogisch angemessen zu begegnen. Langfristig ist es das Ziel, dass die ausgebildeten Trainer*innen selbst ihre Expertise weitergeben – zum Beispiel in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften.

Die Module umfassen 3 zweitägige Seminarphasen, Selbststudium-Einheiten und einen regelmäßigen (online durchzuführenden) Gruppenaustausch sowie die hospitierende Teilnahme an Workshops in Schule bzw. Behörden. Das Programm beginnt mit einer Präsenzphase am 15. und 16. Juni 2023 in Celle.

Inhalte sind Kenntnisse über Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus, Auseinandersetzung mit der einschlägigen Forschung, Methoden und Voraussetzungen antisemitismuskritischer Bildung, Selbsterfahrung und biographische Arbeit, Diversitäts- und kultursensible Thematisierung in der Praxis antisemitismuskritischer Bildung, Beratung und Intervention. Die Inhalte der Fortbildung werden auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden abgestimmt und in Zusammenarbeit mit einem beratenden Expert*innen-Gremium fachlich abgesichert vermittelt.

Die Fortbildung zielt auf Urteilsfähigkeit (im Erkennen und Beurteilen aktueller Antisemitismen) und auf Handlungs- und Interventionsfähigkeit.

Für nähere Informationen kontaktieren Sie bitte:

e.stuenkel@vhs-celle.de.

Workshops und Vorträge im Themenbereich Rechtsextremismus

In den vergangenen Monaten wurden verschiedene Workshops und Vorträge im Themenbereich Rechtsextremismus, Verschwörungsideologien und Antisemitismus gehalten. Zielgruppen waren u.a. Polizei, Justiz, Kommunen, Volkshochschulen, Verbände und Vereine. Die Veranstaltungen finden im gesamten Land Niedersachsen statt und können kostenfrei von Interessierten abgerufen werden.

Wanderausstellung „Todesopfer rechter Gewalt in Niedersachsen“ eröffnet

Die vom L-DZ unterstützten zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus für Demokratie, Betroffenenberatung und Ausstiegsbegleitung haben gemeinsam eine Ausstellung zu Todesopfern rechter Gewalt in Niedersachsen seit

1990 erstellt. Es werden 25 informative Roll-Up Motive sowie begleitende Audios und Videos gezeigt.

Mindestens zehn Menschen sind in Niedersachsen seit 1990 durch rechte Gewalttaten ums Leben gekommen. Staatlich anerkannt als Todesopfer rechter Gewalt sind bisher nur zwei von ihnen. So unterschiedlich die einzelnen Tatkontexte waren, es eint sie, dass die Täter*innen ihre Opfer nicht wahllos aussuchten. Ihr Hass richtete sich nicht gleichermaßen gegen alle Menschen, sondern gegen Menschen, die sie bestimmten Gruppen zuordneten.

Die Ausstellung gliedert sich in drei Teile. Im Prolog werden nach einem einleitenden Abschnitt Begriffe, unterschiedliche Erfassungskriterien und die gesellschaftspolitischen Kontexte beleuchtet. Es folgt der Hauptteil mit Einzel-Portraits der Opfer sowie weiteren Fällen tödlicher Gewalt, bei denen es Hinweise auf rechte Tatmotive gibt oder zu denen nur sehr wenige Informationen gesammelt werden konnten. Die Ausstellung endet mit einem Ausblick zu Formen des Erinnerns und des Umgangs mit rechter Gewalt aus verschiedenen Blickwinkeln.

Die Ausstellung war bis zum 10.03.2023 im Pavillon Hannover zu besichtigen und wird danach an verschiedenen Orten des Landes gezeigt. Weitere Informationen sind auf der Website www.erinnern-heisst-kaempfen-nds.de zu finden. Dort erscheinen auch die folgenden Termine.

Mutterschutz und anschließende Elternzeit Christina Siemer

Frau Christina Siemer, Sachbearbeiterin für Finanzen und Zuwendungsrecht im L-DZ, ist seit Anfang Januar im Mutterschutz, woran sich eine mehrmonatige Elternzeit anschließen wird. Die Aufgaben von Frau Siemer werden bis zur möglichen Vertretungsbesetzung durch die Referent*innen des L-DZ übernommen.

1.4 Mitteilungen der Koordinierungsstelle Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte (KostLP)

Antisemitismuskritische Bildungsarbeit in der Schule

Am 11. Mai 2023 findet in Hannover im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte die **Fachkonferenz „Antisemitismus pädagogisch thematisieren“** statt. Eingeladen sind Anbieter*innen und Verantwortliche für die Aus- und Fortbildung von schulischen Lehrkräften in Niedersachsen (unabhängig von der Schulform).

Was sollten Lehrkräfte wissen und können, um Antisemitismus im Schulalltag kritisch zu adressieren? Wie sollten die Aus- und Fortbildungsangebote in diesem Themenfeld gestaltet sein? Ziel der Konferenz ist es, zur Weiterentwicklung der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit an niedersächsischen Schulen beizutragen und sich über Bestand und Verbesserung von Angeboten auszutauschen. Wir bieten den Teilnehmenden die Möglichkeit, gemeinsam mit Expert*innen zu den Themen gesellschaftliche Kontinuitäten, Verschwörungsideologien, jüdische Perspektiven auf Antisemitismus im Alltag, israelbezogenen Antisemitismus, Antisemitismus in Sozialen Medien und Antisemitismus im Bildungs- und Unterrichtsmaterial zu arbeiten. Die Veranstaltung ist eine Initiative der Fachgruppe Antisemitismusprävention im Landesprogramm, die sich aus staatlichen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Mitgliedern zusammensetzt.

Programm

Weitere Informationen finden Sie hier:

[Themenschwerpunkte - Koordinierungsstelle Landesprogramm gegen Rechtsextremismus \(niedersachsen.de\)](#)

Leiten Sie die Einladung gerne auch an Interessierte weiter.

Sie können sich formlos per Mail unter kostlp@mj.niedersachsen.de anmelden.

Anmeldefrist ist der 21.4.2023

Kontakt: Lilit Baghdasaryan, Tel.: 0511 120-8717, Mail:

lilit.baghdasaryan@mj.niedersachsen.de

Wechsel der Sachbearbeitung beim Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte

Lilit Baghdasaryan ist seit dem 1. Februar 2023 als Sachbearbeiterin mit einer halben Stelle im Referat PräVO-2 im Niedersächsischen Justizministeriums (MJ) tätig. Sie unterstützt mit ihrer Tätigkeit die Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte im Landespräventionsrat Niedersachsen und tritt damit die Nachfolge von Veit Koch an. Zuvor arbeitete sie in verschiedenen administrativen Funktionen im Nds. Landtag.

Kontakt: Lilit Baghdasaryan Tel.: 0511 120 8717 lilit.baghdasaryan@mj.niedersachsen.de

1.5 Mitteilungen aus der Fachstelle Opferschutz

Die Richtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten normiert das Recht aller Opfer auf Information, Schutz und Hilfe. Für Niedersachsen sind die darin festgelegten Mindeststandards sowie weiterer nationaler Aktionspläne und Vorgaben in der Opferschutzkonzeption der Niedersächsischen Landesregierung konkretisiert.

Zur Umsetzung der in der Opferschutzkonzeption beschriebenen Maßnahmen und Ziele wurde festgelegt, dass die in der Konzeption genannten Aufgaben zum 01.01.2013 im Landespräventionsrat Niedersachsen gebündelt werden sollten. Dies wurde durch die Einrichtung der Fachstelle Opferschutz mit Wirkung zum 01.01.2013 formal umgesetzt.

Die Fachstelle Opferschutz feiert somit in diesem Jahr ihr 10-jähriges Bestehen.

Anlässlich dieses Jubiläums findet in Kooperation mit allen beteiligten Ressorts, dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, dem Niedersächsischen Kultusministerium und dem niedersächsischen Justizministerium eine Veranstaltungsreihe statt.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe wird das Thema Opferschutz aus verschiedenen Blickwinkeln und mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung beleuchtet und dabei auch die Problemlagen und Schwierigkeiten der Realisierung, aber auch best practice Beispiele mit Expert*innen erörtert.

Die Auftaktveranstaltung der Fachstelle Opferschutz, die sich u. a. mit dem Thema „Berichterstattung und Opfer von Straftaten“ befassen wird, findet am 25. April 2023 statt.

Einzelheiten zu den jeweiligen Veranstaltungen wie z. B. zum Tagungsprogramm, den Referent*innen und Vortragsthemen sowie dem Veranstaltungsort folgen zu gegebener Zeit gesondert.

Weitere Arbeitsschwerpunkte

Im Fokus der inhaltlichen Arbeit steht darüber hinaus derzeit die Auswertung der Ergebnisse und sich daraus ergebende Handlungsbedarfe für Niedersachsen aus dem im Juni 2022 veröffentlichten „Evaluationsbericht“ der EU-Kommission zur Bewertung der Opferschutzrichtlinie und dem am 12.09.2022 veröffentlichten Abschlussbericht der „Enquetekommission zur Verbesserung des Kinderschutzes und zur Verhinderung von Missbrauch und sexueller Gewalt an Kindern“.

Kontakt

Nicola Wimmers

Tel.: 0511/120-8730

Nicola.Wimmers@mj.niedersachsen.de

1.6 Ergebnisbericht zur Landesweiten Schülerbefragung 2021/2022

Der Landespräventionsrat Niedersachsen führt in Kooperation mit der Universität Hildesheim seit 2013 landesweite Schüler*innenbefragungen durch. Die Befragung erfasst eine Reihe von Verhaltensproblemen von jungen Menschen (z.B. Gewalt, Substanzkonsum) und die dahinterliegenden Risiko- und Schutzfaktoren. Der Ergebnisbericht der letzten Befragung von 2021 – 2022 ist nun online verfügbar.

2. Ausblick auf Veranstaltungen und Fortbildungen

2.1 Europäisches Präventionscurriculum (EUPC) „Basismodul“ am 27./28.06.2023 in Hannover

Europäisches Präventionscurriculum (EUPC) „Basismodul“ am 27./28.06.2023 in Hannover

Das Europäische Präventionscurriculum (EUPC) verschafft einen umfassenden Überblick über mehr als 20 Jahre Forschung zum Thema Prävention und vermittelt die fachliche Kompetenz, um dieses Wissen in Kommunen und Organisationen in eine wirksame, ethisch fundierte und nachhaltige Präventionspraxis zu transformieren.

Das Seminar wird von der FINDER - Akademie durchgeführt und vom Fachverbund WIRkt angeboten.

Unter dem Namen „WIRkt! – Fachverbund für kommunale Prävention“ kooperieren die Partner LPR, LKA Ni, nifbe und GUVH/ LUKN.

Mehr Informationen und zur Anmeldung [hier](#).

2.2 Save The Date: 12. Tagung zur kommunalen Alkoholprävention am 19. September 2023 in Hannover

Die Tagungsreihe zur kommunalen Alkoholprävention wird in Kooperation des LPR mit dem Niedersächsischen Landesjugendamt (NLJA), der Niedersächsischen Landesstelle für

Suchtfragen (NLS), der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen (LJS) und der Landesvereinigung für Gesundheit / Akademie für Sozialmedizin (LVG&AFS) durchgeführt. Die 12. Tagung in der Reihe wird am 19. September 2023 in der Akademie des Sports in Hannover durchgeführt und hat als Schwerpunktthema die Kooperation von Suchtprävention und Schulen. Weitere Informationen und ein Tagungsflyer folgen.

3. Sonstiges

3.1 Prävention häuslicher Gewalt; Weiterbildungsangebot

Ein Weiterbildungsangebot für das gemeinsame Präventionsprojekt ReSi+ (Resilienz und Sicherheit) für Kindertageseinrichtungen wird von der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm und der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention angeboten.

„ReSi+ Resilienz und Sicherheit“ ist ein umfassendes und evidenzbasiertes Konzept zur Gewaltprävention mit spezifischen Bausteinen zur Prävention häuslicher und sexualisierter Gewalt für das Setting von Kindertageseinrichtungen. Es bezieht Kinder (Förderung der Resilienz) wie auch pädagogisches Fachpersonal in den Einrichtungen, Eltern und regionale Fachstellen mit ein (Sicherheit). Entwickelt wurde das Konzept von der Technischen Hochschule Georg Simon Ohm in Nürnberg in Kooperation mit der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) und unter partizipativer Mitwirkung von Kindertageseinrichtungen. Gefördert wird das Projekt ReSi+ durch das Bundesministerium der Justiz sowie das DFK (Förderzeitraum 2021-2023).

Die Qualifizierung zur ReSi+ Fortbildungsleitung erfolgt in einem 2,5-tägigen Seminarblock (Basis-Schulung 2 Tage, ggf. vertiefende Fachinformationen 1/2 Tag). Im Vorfeld findet ein individuelles Vorgespräch mit Interessierten statt (online oder persönlich an der Technischen Hochschule Georg Simon Ohm in Nürnberg). Nach erfolgreicher Teilnahme am Seminar (Teilnahme an allen Modulen sowie abschließendem Praxistransfer) erfolgt eine Zertifizierung. Vernetzungsmöglichkeiten für weiteren kollegialen Austausch werden angeboten.

Die Fortbildungen für das 1. Halbjahr 2023 finden in Nürnberg (vom 13.3. bis 15.3.2023) und in Berlin (vom 5.6. bis 7.6.2023) statt.

Bei Interesse und für Fragen an dem Fortbildungsangebot sowie zum Projekt ReSi+ wenden Sie sich bitte an die Technische Hochschule Nürnberg, Frau Andrea Carl, resiplus@th-nuernberg.de oder an das DFK: Renate.SchwarzSaage@bmi.bund.de.

3.2 Workshop gegen Hass im Netz / Qualifizierung zu Strategien der digitalen Zivilcourage

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb bietet auch in 2023 kostenlose Workshops zum Thema Social-Media-Moderation und Community Management an. Die Qualifizierungsreihe „Digitale Zivilcourage und Empowerment“ richtet sich an Personen und Akteure, die im Social Web aktiv sind.

Hass und Beleidigungen im Netz sind weiterhin ein präsent Problem. Immer öfter werden Redakteure/-innen und Community Manager/-innen auf Social-Media-Plattformen mit Extremismus und Hasskommentaren konfrontiert. Wie man gefährliche und beleidigende Inhalte erkennt und souverän mit ihnen umgeht, vermitteln und diskutieren wir in den Workshops.

Die Teilnehmenden erfahren, wie Hasskommentare rhetorisch funktionieren und welche Argumentationsweisen wiederholt auftreten. Sie lernen, wie Ideologien mit Hilfe von sprachlichen Taktiken verschleiert werden und wie sie diese Taktiken entlarven können. Im praktischen Teil werden konkrete Tipps für gelungenes Community Management und Moderationsarbeit im Zusammenhang mit Hate Speech vermittelt.

Referieren wird die Journalistin und Autorin Ingrid Brodnig.

Aufgrund der begrenzten Plätze ist eine Bewerbung nötig. Weitere Informationen sowie das Bewerbungsformular finden Sie hier: <https://smex-ctp.trendmicro.com:443/wis/clicktime/v1/query?url=www.bpb.de%2f517518&umid=94770776-20b7-4786-a94b->

[ba9fac8c518c&auth=3b8129c329843f35827ae12f83d240eb662b3d96-2af4a2a1294ff591ca055c77f792de007219baea](https://www.bpb.de/aktuell/vermittlung/111111/ba9fac8c518c&auth=3b8129c329843f35827ae12f83d240eb662b3d96-2af4a2a1294ff591ca055c77f792de007219baea). Die Bewerbungsfrist für den ersten der drei identischen Termine ist am 14. März 2023.

Alle Veranstaltungen sind kostenfrei.

Kontakt bei Rückfragen:

Bundeszentrale für politische Bildung – Redaktion Bewegtbild

bewegtbeeld@bpb.de

3.3 Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier - Ein Praxishandbuch für soziale Arbeit

Steigende Unsicherheitswahrnehmungen im höheren Alter korrespondieren kaum mit der objektiven Kriminalitätsrate oder dem Risiko, Opfer einer Straftat zu werden. Vielmehr beeinflussen das Gefühl der eigenen Verletzbarkeit, die Wahrnehmungen im Wohnquartier und die Beziehungen zur Nachbarschaft das subjektive Sicherheitsempfinden Älterer in besonderem Maße. Für die Soziale Arbeit eröffnet sich damit ein neues Themenfeld, denn das individuelle Sicherheitsempfinden wirkt sich unweigerlich auf die eigene Lebensqualität und auf die Teilhabechancen im Alter aus. Fachkräfte der Sozialen Arbeit können dabei kriminalpräventive und fachliche Methoden kombinieren, um sozialraumorientierte und zielgruppenadäquate Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage älterer Menschen in die Praxis zu integrieren. Dieses Praxishandbuch wurde 2017 veröffentlicht – das Thema ist nach wie vor aktuell. Es verbindet kriminologisches Grundlagenwissen zur objektiven und subjektiven Sicherheit älterer Menschen mit praxisorientierten Handlungsansätzen der Sozialen Arbeit. Es richtet sich an Fachkräfte der Sozialen Arbeit, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Gemeinwesen sowie Akteure der Kriminalprävention. Das Handbuch ist seit 2020 online frei verfügbar.

[OPUS 4 | Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier. Ein Praxishandbuch für die Soziale Arbeit \(th-koeln.de\)](#)

3.4 Veröffentlichung eines Berichtes der Bundesarbeitsgemeinschaft zum proaktiven Ansatz in der Täterarbeit

Im Rahmen des internationalen Frauentages am 08.03.2023 veröffentlichte die Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V. den Bericht „Proaktiver Ansatz in der Täterarbeit als Pflichtaufgabe zur Umsetzung der Istanbul-Konvention: Klärung der Datenschutzvorgaben für die Polizei und die Justiz in Zusammenarbeit mit Täterarbeitseinrichtungen in den Modellregionen Bayern, Hamburg und Thüringen.“

Die Autorinnen Dr. Idah Nabateregga (BAG TäHG e.V.) und Dagmar Freudenberg (Staatsanwältin i.R.) setzen sich in der Publikation detailliert mit dem Thema „Datenschutz und proaktiver Ansatz in der Täterarbeit“ auseinander. Von der Betrachtung dreier Modellregionen ausgehend, werden gesetzliche Vorgaben und datenschutzrechtliche Fragen diskutiert sowie Lösungsvorschläge für die in der Praxis auftretenden rechtlichen Unsicherheiten bei der Anwendung des proaktiven Ansatzes angeboten. Der Bericht soll Politik, Justiz, Polizei und allen anderen Akteur*innen des Gewaltschutzes als Diskussionsgrundlage für eine bundeseinheitliche Datenschutzlösung beim proaktiven Ansatz in der Täterarbeit dienen.

Kontakt:

Sebastian Ulmer

Projektreferent für Statistik und Öffentlichkeitsarbeit

Geschäftsstelle der Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit HG e.V.

Käthe-Niederkirchner-Straße 36

10407 Berlin

E-Mail: sebastian.ulmer@bag-taeterarbeit.de

Tel: 030 – 4208 8626

[Veröffentlichung des Berichts zum proaktiven Ansatz in der Täterarbeit -
Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V. \(bag-taeterarbeit.de\)](#)

3.5 Community-Mobilisierung als fruchtbares Präventionsinstrument (an)erkennen-Studie stellt Erfahrung und Toolbox aus sechs Kontinenten vor

Die weltweite Recherche "Community matters!" zu gemeinwesenbasierter Prävention geschlechtsbezogener Gewalt, durchgeführt vom Schweizer Institut „Social Insight“, ergibt Einblicke in mehr als 50 Projekte, weit über 100 Dokumente wurden für die Studie ausgewertet und zusammengestellt.

Es zeigt sich, dass im Bereich der lokalen Gemeinwesen, der Stadtteile und Nachbarschaften, gerade auch im Globalen Süden, viel passiert. So sind Präventionsstrategien mittlerweile integraler Bestandteil zahlreicher nationaler Aktionspläne (z. B. Kanada, Kambodscha, Neuseeland, Wales, Australien) und die Notwendigkeit der Einbindung und Mobilisierung von Communities wird darin stets betont.

Das Ergebnis? Die Studie empfiehlt u.a.: Einen klaren Schwerpunkt in der stadtteil-/gemeinwesenbasierten Prävention setzen: Community-Projekte sind der große „Missing Link“ in der Situation, wie sie sich im heutigen gesellschaftlichen und institutionellen Bild bei Gewalt gegen Frauen zeigt. Ergänzend stellt sie eine Community-Toolbox vor: Aktivitäten, Formen, Methoden, Interventionen (Erprobtes und Innovatives aus 6 Kontinenten)

Weitere Fragen und Bezug der Studie bei [Sabine Stövesand](#), University of Applied Sciences Hamburg

2.3 Das Nds. Krisentelefon GEGEN Zwangsheirat / Webinare für das Jahr 2023

Der Verein kargah e.V bietet im Rahmen seiner Arbeit beim Nds. Krisentelefon GEGEN Zwangsheirat und dem dazugehörigen Projekt „Präventionsprojekt zur Förderung des Opferschutzes und der Bewältigung von Gewalterfahrungen für von patriarchaler Gewalt und Zwangsheirat bedrohter und betroffener Paare“ in diesem Jahr Webinare (Online Seminare) für Fachkräfte an. In der Präventionsarbeit und der Sensibilisierung von Fachkräften liegt eine wichtige Unterstützung für mögliche Betroffene von Zwangsheirat. Besonders die Sensibilisierung von Fachkräften, die wichtige Kooperationspartner*innen für kargah e.V. und wichtige Ansprechpartner*innen für Betroffene sind, soll mit dem Schulungsangebot weiter ausgebaut werden und dazu beitragen, ein möglichst breites Wissen über das noch viel zu oft tabuisierte Thema Zwangsheirat zu verbreiten.

Die Webinare finden an folgenden Terminen online statt:

Mittwoch, 12. April 2023 von 10-12 Uhr (ausgebucht)

Freitag, 12. Mai 2023 von 10-12 Uhr

Mittwoch, 20. September 2023 von 14-16 Uhr

Mittwoch, 13. Dezember 2023 von 14-16 Uhr

Anmeldung per Mail unter zwangsheirat@kargah.de oder telefonisch unter **0551 - 12 60 78 - 2336**.

Redaktion:

Katrin Baum

LPR Niedersachsen

Tel.: 05 11/1 20-8704

katrin.baum@mj.niedersachsen.de